Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2479

28. 09. 95

Sachgebiet 951

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. Juni 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Georgien über die Binnenschiffahrt

A. Zielsetzung

Mit dem am 25. Juni 1993 unterzeichneten Abkommen soll der deutsch-georgische Binnenschiffsverkehr, einschließlich des Verkehrs über den Main-Donau-Kanal, auf eine vertragliche Grundlage gestellt werden. Damit wird dem Beschluß des Bundeskabinetts vom 2. Februar 1983 entsprochen, wonach der Binnenschiffsverkehr mit den interessierten Staaten, die den Main-Donau-Kanal befahren wollen, vertraglich zu regeln ist. Das Abkommen gibt der Binnenschiffahrt und der verladenden Wirtschaft der beiden Seiten bessere Möglichkeiten bei der Nutzung der Binnenwasserstraßen.

B. Lösung

Das am 25. Juni 1993 unterzeichnete Abkommen trifft die erforderlichen Regelungen. Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für das Inkrafttreten des Abkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 900 01 – De 25/95

Bonn, den 28. September 1995

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. Juni 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Georgien über die Binnenschiffahrt mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 688. Sitzung am 22. September 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 25. Juni 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Georgien über die Binnenschiffahrt

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 25. Juni 1993 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Georgien über die Binnenschiffahrt sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen sowie das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Verkehr wird ermächtigt, die genehmigten Vereinbarungen über die Mindest-/Höchstfrachten sowie die Nebenbedingungen für den Wechselverkehr, auf die sich der Gemischte Ausschuß gemäß Artikel 14 Abs. 8 des Abkommens geeinigt hat, durch Rechtsverordnung in Kraft zu setzen.

Artikel 3

Abweichungen von den in einer Rechtsverordnung nach Artikel 2 festgesetzten Mindest-/Höchstfrachten für Verkehrsleistungen sowie Zahlungen oder andere Zuwendungen, die einer Umgehung des festgesetzten Entgelts gleichkommen, sind verboten.

Artikel 4

Ordnungswidrig im Sinne des § 3 des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954 handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Abschluß von Verträgen über Wechselverkehre im Sinne des Artikels 3 des Abkommens in Abweichung von den durch Rechtsverordnung nach Artikel 2 in Kraft gesetzten Mindest-/Höchstfrachten anbietet oder vermittelt oder wer solche Verträge abschließt oder erfüllt.

Artikel 5

Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Wasser- und Schiffahrtsdirektion. Das Bundesministerium für Verkehr kann abweichend von § 37 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten durch Rechtsverordnung eine Wasser- und Schiffahrtsdirektion als für den Bereich mehrerer Wasser- und Schiffahrtsdirektionen zuständig erklären.

Artikel 6

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 1 sowie das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die vom Gemischten Ausschuß vorgeschlagenen Mindest-/Höchstfrachten müssen nach Genehmigung innerstaatlich in einer der Rechtsstaatlichkeit genügenden Form umgesetzt werden.

Zu Artikel 3

Mit dieser Regelung wird ein Verbot für Umgehungsgeschäfte begründet.

Zu Artikel 4

Um eine Beachtung der vom Bundesministerium für Verkehr erlassenen Mindest-/Höchstfrachten sicherzustellen, erscheint es geeignet, erforderlich und verhältnismäßig, eine Bußgelddrohung nicht nur für die unmittelbaren Vertragskontrahenten, sondern auch für die Vermittler und Erfüllungspersonen zu schaffen. Damit wird erreicht, daß auch Verstöße gegen die für den deutsch-georgischen Wechselverkehr vom Bundesministerium für Verkehr erlassenen Mindest-/Höchstfrachten mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark geahndet werden können.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel regelt, welche Wasser- und Schiffahrtsdirektion bei Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz zuständig ist.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 1 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Gesetz und das Abkommen nicht zu erwarten. Die in dem Abkommen vorgesehenen Mindest-/Höchstfrachten werden im Gemischten Ausschuß, in dem Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr, der Binnenschiffahrt und der verladenden Wirtschaft sitzen, vereinbart, so daß eine Ausgewogenheit der Frachten gewährleistet ist. Mögliche Preiserhöhungen lassen sich im voraus nicht quantifizieren. Selbst wenn sich aus Kostengründen in der Zukunft die Notwendigkeit von Frachterhöhungen ergeben sollte, dürften sich solche Erhöhungen vom Umfang her wegen des Wettbewerbs zu den anderen Verkehrsträgern in solchen Grenzen halten, daß Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, aus heutiger Sicht kaum zu erwarten sind. Im übrigen kann erwartet werden, daß der mit dem Abkommen ermöglichte Einsatz des kostengünstigen Verkehrsträgers Binnenschiff sich vorteilhaft auf das Verbraucherpreisniveau auswirken wird.

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Georgien über die Binnenschiffahrt

შეთანხმება გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის მთავრობასა და საქართველოს რესპუბლიკის მთავრობას შორის შიდა ნაოსნობის შესახებ

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Georgien –

in dem Wunsch, den beiderseitigen Binnenschiffsverkehr weiterzuentwickeln,

eingedenk der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, insbesondere ihrer Bestimmungen über die Entwicklung des Verkehrswesens –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens sind:

a) „Schiffe“: die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei amtlich registrierten Schiffe, mit denen Personen- und/oder Güterverkehr dort, wo sie registriert sind, ohne eine besondere Fahrterlaubnis auf Binnenwasserstraßen betrieben werden kann;

b) „Trägerschiffsleichter“: Schiffe nach Buchstabe a, die unbemannte und nichtmotorisierte Leichter sind;

c) „Schiffahrtsunternehmen“: schiffahrttreibende Unternehmen oder Unternehmer, die ihren Firmen- oder Wohnsitz im Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien haben;

d) „Zuständige Behörden“: das Bundesministerium für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium für Verkehr der Republik Georgien oder andere von einer Vertragspartei benannte Behörden/Stellen;

e) „Häfen“: die Häfen und amtlich genehmigten Umschlagstellen und Anlegestellen der Personenschiffahrt in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien.

Artikel 2

(1) Nach Maßgabe der Artikel 3 bis 6 dürfen Schiffe der einen Seite die Wasserstraßen der anderen Vertragspartei befahren

გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის მთავრობა

და

საქართველოს რესპუბლიკის მთავრობა, შემდგომში მონაწილე მხარეებად წოდებულნი,

ურთიერთშეთანხმებით, ნაოსნობის შემდგომი განვითარების სურვილით,

ევროპაში უსაფრთხოებისა და ურთიერთთანამშრომლობის კონფერენციის საბოლოო აქტის კერძოდ ტრანს პორტის განვითარების შესახებ მისი დებულებების გათვალისწინებით

შეთანხმდნენ შემდეგზე:

მუხლი 1

წინამდებარე შეთანხმების შინაარსი შემდეგია:

ა) „ხომალდები“ ნიშნავს ერთ-ერთი მონაწილე მხარის ტერიტორიაზე, ოფიციალურად რეგისტრირებულ ხომალდებს, რომლებითაც შეიძლება მგზავრებისა და ტვირთის გადაადგილება იქ, სადაც ისინი არიან რეგისტრირებულნი ამის შესახებ განსაკუთრებული ნებართვის გარეშე;

ბ) „ლიხტერი“ ნიშნავს ხომალდებს, რომლებიც მიეკუთვნებიან „ა“ ჯგუფს, არიან არამოტორიზებულნი და ეკიპაჟის გარეშე;

ც) „სანაოსნო საწარმო“ ნიშნავს ნაოსნობით დასაქმებულ საწარმოს ან მეწარმეს, რომელთა საწარმოს ადგილსამყოფელი, ან საცხოვრებელი ადგილი მოთავსებულია შეთანხმების მონაწილე ერთ-ერთი მხარის სახელმწიფო ტერიტორიაზე;

დ) „კომპეტენტური ორგანოები“ ნიშნავს გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის ტრანსპორტის ფედერალურ სამინისტროს და საქართველოს რესპუბლიკის ტრანსპორტის სამინისტროს;

ე) „ნავსადგურები“ ნიშნავს ნავსადგურებსა და ოფიციალურად ნებადართულ გადასატვირთ პუნქტებს, აგრეთვე მისადგომებს სამგზავრო ხომალდებისათვის, შეთანხმების მონაწილე მხარეების სახელმწიფო ტერიტორიებზე.

მუხლი 2

1. ამ შეთანხმების 3-6 მუხლების დებულებების მიხედვით, ერთი მონაწილე მხარის ქვეყნის ხომალდებს შეუძლიათ გამოიყენონ მეორე

sowie die Häfen und amtlich zugelassenen Liegestellen benutzen. Dies gilt entsprechend für den Transport von sonstigen schwimmenden Objekten (z. B. Bagger, Kräne) sowie für das Überführen von Schiffsneubauten.

(2) Die Schiffahrt regelt sich nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, deren Binnenwasserstraßen befahren werden sollen.

Artikel 3

(1) Deutsche und georgische Schiffe dürfen Personen und/oder Güter zwischen einem deutschen Hafen und einem georgischen Hafen sowie umgekehrt befördern (Wechselverkehr).

(2) Im Wechselverkehr dürfen deutsche und georgische Schiffe Personen und/oder Güter zwischen einem Hafen im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei und einem der folgenden Häfen der anderen Vertragspartei sowie umgekehrt befördern:

a) einem Seehafen;

b) einem Hafen, der auf dem direkten Weg zu einem Seehafen liegt;

c) einem Hafen, den die zuständige Behörde auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses benannt hat.

(3) Im Wechselverkehr sind die deutschen und georgischen Schiffahrtsunternehmen paritätisch und nach Möglichkeit im Jahresverlauf kontinuierlich zu beteiligen. Die Aufteilung der Güterbeförderungen erfolgt auf der Basis der Ladungstonnen.

(4) Für den Wechselverkehr sind wirtschaftlich auskömmliche Frachten und die mit ihnen zusammenhängenden Nebenbedingungen zu vereinbaren.

(5) Jede Vertragspartei kann nach Beratung im Gemischten Ausschuß in Ausnahmefällen aus technischen Gründen oder aus Gründen der Schiffahrtssicherheit für das Befahren ihrer Wasserstraßen im Wechselverkehr Höchstzahlen der Fahrten festsetzen.

(6) Andere als die in Artikel 1 Buchstaben a und b genannten Schiffe werden zur Teilnahme am Wechselverkehr zwischen den deutschen und georgischen Häfen nur so weit zugelassen, als dies auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses vereinbart wird.

(7) Die Teilnahme von Schiffen aus einem dritten Land am Verkehr zwischen den deutschen und georgischen Häfen geht zu Lasten der Quote der abgebenden Seite.

Artikel 4

(1) Deutsche und georgische Schiffe dürfen Personen und/oder Güter durch das Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei hindurch auf den Binnenwasserstraßen befördern, die von den Vertragsparteien auf der Grundlage eines Vorschlags des Gemischten Ausschusses festgelegt werden (Transitverkehr).

(2) Jede Vertragspartei kann nach Beratung im Gemischten Ausschuß in Ausnahmefällen aus technischen Gründen oder aus Gründen der Schiffahrtssicherheit für das Befahren ihrer Wasserstraßen im Transitverkehr Höchstzahlen der Fahrten festsetzen.

Artikel 5

Deutsche und georgische Schiffe dürfen Personen und/oder Güter zwischen einem Hafen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei und einem Hafen in einem dritten Land (Drittlandverkehr) und umgekehrt nur auf Grund einer besonderen Erlaubnis der jeweils zuständigen Behörde befördern.

მონაწილე მხარის სანაოსნო გზები, ნავსადგურები და ოფიციალურად ნებადართული სადგომები. იგივე დებულებები ვრცელდება სხვა დანარჩენ სანაოსნო ტრანსპორტზე, ჩვეულებრივ მცურავ ობიექტებზე (მაგ. ექსკავატორები, ამწეები), აგრეთვე ახალნაგებ ხომალდთა გადაადგილებაზე.

2. ნაოსნობა რეგულირდება შეთანხმების მონაწილე მხარის ქვეყნის კანონმდებლობით, რომლის სამდინარო გზებიც გამოიყენება.

მუხლი 3

1. გერმანიისა და საქართველოს ხომალდებს აქვთ მგზავრების გადაყვანის ან/და ტვირთის გადაზიდვის უფლება, როგორც გერმანიის ნავსადგურსა და საქართველოს ნავსადგურს შორის, ისე პირიქით /ორმხრივი მიმოსვლა/.

2. ორმხრივი მიმოსვლის გათვალისწინებით, გერმანიისა და საქართველოს ხომალდებს უფლება აქვთ განახორციელონ მგზავრების გადაყვანა ან/და ტვირთის გადაზიდვა თავის ტერიტორიაზე მდებარე ნავსადგურსა და მეორე მონაწილე მხარის შემდეგ ნავსადგურებს შორის და პირიქით:

ა) საზღვაო ნავსადგურები;

ბ) ნავმისადგურები, რომლებიც განლაგებულია უშუალოდ საზღვაო ნავსადგურისაკენ მიმავალ გზებზე;

ც) ნავსადგურები, რომლებიც შერეული კომისიის მიერ დადგენილი კომპენტენტური ორგანოების მიერაა დასახელებული.

3. გერმანიისა და საქართველოს სანაოსნო საწარმოებმა, ორმხრივ მიმოსვლაში მონაწილეობა უნდა მიიღონ პარიტეტულ საწყისებზე და შესაძლებლობის მიხედვით თანმიმდევრულად წლის განმავლობაში. სატვირთო გადაზიდვების განაწილება ხდება გადაზიდული ტვირთის რაოდენობის საფუძველზე ტონების მიხედვით.

4. ორმხრივი მიმოსვლისათვის საჭიროა ეკონომიკურად მართებული ტარიფების, გადასახადებისა და მათთან დაკავშირებული დამატებითი პირობების შეთანხმება.

5. თითოეულ მონაწილე მხარეს შეუძლია შერეულ კომისიასთან შეთანხმების შემდეგ, გამონაკლის შემთხვევებში ტექნიკური მიზეზების ან სანაოსნო უსაფრთხოების საფუძველზე, თავიანთი სანაოსნო გზის გამოყენებისათვის, ორმხრივი მიმოსვლის დროს სვლების მაქსიმალური რაოდენობის განსაზღვრა.

6. სხვა და არა 1-ლი მუხლის ა) და ბ) პუნქტებში აღნიშნული ხომალდები დაშვებული იქნება გერმანიისა და საქართველოს ნავსადგურებს შორის ორმხრივ მიმოსვლაში მონაწილეობის მისაღებად ისე, როგორც ამას დაადგენს შერეული კომისია.

7. მესამე მხარის ხომალდების მონაწილეობა გერმანიისა და საქართველოს ნავსადგურებს შორის მიმოსვლაში ჩაითვლება დამქირავებელი მხარის ქვოტაში.

მუხლი 4

1. გერმანიისა და საქართველოს ხომალდებს შეუძლიათ მგზავრები გადაიყვანონ ან/და ტვირთი გადაიტანონ მეორე მონაწილე მხარის ტერიტორიალური სანაოსნო გზების გავლით, რაც მონაწილე მხარეების მიერ გადაწყდება შერეული კომისიის დადგენილებების საფუძველზე (ტრანზიტული მიმოსვლა).

2. თითოეულ მონაწილე მხარეს შეუძლია შერეულ კომისიასთან შეთანხმების შემდეგ, გამონაკლის შემთხვევებში ტექნიკური მიზეზების ან სანაოსნო უსაფრთხოების საფუძველზე, თავიანთი სანაოსნო გზის გამოყენებისათვის, ტრანზიტული მიმოსვლის დროს სვლების მაქსიმალური რაოდენობის განსაზღვრა.

მუხლი 5

გერმანიისა და საქართველოს გემებს, შეუძლიათ გადაიყვანონ მგზავრები და/ან გადაიტანონ ტვირთი მეორე მონაწილე მხარის ნონ ტვირთი მეორე მონაწილე მხარის ტერიტორიაზე მდებარე ნავსადგურიდან მესამე ქვეყნის ნავსადგურში (მიმოსვლა სამ ქვეყანას შორის) და პირიქით, მხოლოდ ყოველივე ეს შესაძლებელია კომპეტენტური ორგანოს მიერ გაცემული სპეციალური ნებართვის საფუძველზე.

Artikel 6

Die Beförderung von Personen und/oder Gütern zwischen Häfen im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei (Kabotage) bleibt den Schiffen dieser Seite vorbehalten. Ausnahmen bedürfen einer besonderen Fahrterlaubnis der zuständigen Behörde.

მუხლი 6

მგზავრების გადაყვანა და/ან ტვირთის გადაზიდვა ერთ-ერთი მხარის ნავსადგურებს შორის (კაბოტაჟი) წარმოადგენს ამ მხარის გემების უფლებას. გამონაკლისი დაიშვება კომპეტენტური ორგანოების მიერ სპეციალური ნებართვით.

Artikel 7

(1) Die Schiffe, ihre Besatzungen, ihre Fahrgäste und ihre Ladungen unterliegen den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, deren Binnenwasserstraßen befahren werden.

(2) Für die Schiffahrt auf den Binnenwasserstraßen, ausgenommen Rhein, Mosel und Seeschiffahrtsstraßen, werden die zuständigen Behörden gegen Vorlage der in dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erworbenen Urkunden und Bescheinigungen, die sich auf das Schiff, seine Besatzung und Ladung beziehen (z. B. Schiffsattest und Schifferpatente), die in ihrem Staat vorgeschriebenen Urkunden und Bescheinigungen ausstellen. Voraussetzung dafür ist, daß die Urkunden und Bescheinigungen in dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei unter Bedingungen erteilt worden sind, die den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Vorschriften genügen.

(3) Gefährliche Güter dürfen nur mit Schiffen befördert werden, die über die für die jeweilige Wasserstraße vorgeschriebenen Zulassungszeugnisse verfügen.

მუხლი 7

1. ხომალდები, მათი ეკიპაჟი, მგზავრები და ტვირთი ექვემდებარება შეთანხმების მონაწილე იმ მხარის კანონმდებლობას, რომლის შიდა სანაოსნო გზებიც იქნება გამოყენებული.

2. შიდა სანაოსნო გზებზე ნაოსნობისათვის, რაინის, მოზელისა და საზღვაო სანაოსნო გზების გარდა, ერთ-ერთი მხარის კომპეტენტური ორგანოები, მეორე მონაწილე მხარის მიერ გაცემული სიგელებისა და მოწმობების წარდგენისას, რომლებიც ეხება ხომალდს, მის ეკიპაჟსა და ტვირთს (მაგ. ხომალდის პატენტი და საკვალიფიკაციო მოწმობა), გასცემს თავის სახელმწიფო ტერიტორიაზე გათვალისწინებულ სიგელებსა და მოწმობებს. ამასთან ერთ-ერთი მონაწილე მხარის ტერიტორიაზე სიგელები და მოწმობები უნდა გაიცეს ისეთი პირობებით, რომლებიც პასუხობენ მეორე მონაწილე მხარის ტერიტორიაზე მოქმედ განაწესებს.

3. სახიფათო ტვირთი შეიძლება მხოლოდ იმ გემებით გადაადგილდეს, რომელთაც გააჩნიათ შესაბამისი მოწმობა სათანადო სანაოსნო გზით სარგებლობისათვის.

Artikel 8

Jede Vertragspartei wird Schiffe der anderen Seite bei Inanspruchnahme der ihnen nach den Artikeln 2 bis 6 gewährten Rechte ebenso behandeln wie Schiffe der eigenen Seite.

Das gilt insbesondere:

a) bei der Erhebung von Schiffahrts- und Hafenabgaben;

b) bei der Benutzung öffentlicher Hafeneinrichtungen, Liegestellen, Schleusen und ähnlicher Schiffahrtanlagen;

c) bei der Abfertigung durch die zuständigen Stellen;

d) bei der Treibstoff- und Schmiermittelversorgung.

მუხლი 8

თითოეული მონაწილე მხარე მეორე მონაწილე მხარის ხომალდებს შეუქმნის 2-6 მუხლებით მინიჭებული უფლებების ისეთივე გამოყენების პირობებს, როგორც თავისი მხარის ხომალდებს.

კერძოდ ეს ეხება:

ა) სანავიგაციო და სანავსადგურო გადასახადების ამაღლებას;

ბ) ნავსადგურების მოწყობილობების, ნავსაყუდელების, რაბების და სხვა საერთო სარგებლობის სანაოსნო მოწყობილობების გამოყენებას;

ც) კომპეტენტური ორგანოების მიერ დოკუმენტების გაფორმებას;

დ) საწვავითა და საპოხი მასალებით უზრუნველყოფას.

Artikel 9

Jede Vertragspartei gewährt den Schiffen der anderen Seite hinsichtlich der Zollbehandlung des an Bord mitgeführten Mund- und Schiffsvorrats die gleiche Behandlung wie Schiffen der eigenen Seite. Entsprechendes gilt für die auf den Schiffen zum Verbrauch oder Gebrauch bestimmten Treib- und Schmierstoffe.

მუხლი 9

თითოეული მონაწილე მხარე უზრუნველყოფს მეორე მხარის ხომალდებთან ისეთსავე დამოკიდებულებას, როგორც თავისი მხარის ხომალდებთან, ეს ეხება ხომალდებზე არსებული სასურსათო და სახომალდო მარაგის საბაჟო გაფორმებას.

ანალოგიური დამოკიდებლებუაა ხომალდების საჭიროებისათვის გათვალისწინებულ საწვავ და საპოხ მასალებთან.

Artikel 10

(1) Die deutschen und georgischen Schiffahrtsunternehmen dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei unter Beachtung des dort geltenden Rechts und nach Genehmigung der zuständigen Behörde auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Vertretungen oder Agenturen zur Betreuung von Schiffen und Besatzungen errichten.

(2) Die deutschen und georgischen Schiffahrtsunternehmen können zur Förderung der Wirtschaftlichkeit ihres Verkehrs miteinander Vereinbarungen über die betriebliche, technische und kommerzielle Zusammenarbeit treffen.

მუხლი 10

1. გერმანიისა და საქართველოს სანაოსნო საწარმოებს ურთიერთშეთანხმების საფუძველზე გახსნან წარმომადგენლობები ან სააგენტოები თავისი მხარის ხომალდებისა და მათი ეკიპაჟების მომსახურეობისათვის მეორე მონაწილე მხარის სახლმწიფო ტერიტორიაზე, იქ მოქმედი კანონმდებლობის შესაბამისად და კომპეტენტური ორგანოების ნებართვით.

2. გერმანიისა და საქართველოს საწარმოებს შეუძლიათ დადონ ურთიერთხელსაყრელი შეთანხმება საექსპლუატაციო, ტექნიკურ და კომერციულ სფეროებში ერთობლივი მუშაობის შესახებ, გადაზიდვების ეკონომიური ეფექტიანობის ამაღლების მიზნით.

Artikel 11

Jede Vertragspartei gewährt den Schiffahrtsunternehmen der anderen Seite das Recht, ihre Einnahmen frei zu transferieren. Die Transferierung wird auf der Grundlage der amtlichen Wechselkurse innerhalb der üblichen Frist vorgenommen.

მუხლი 11

თითოეული მონაწილე მხარე მეორე მონაწილე მხარის სანაოსნო საწარმოებს უფლებას აძლევს, რომ თავისუფლად გადაიყვანონ საკუთარი შემოსავალი თავიანთი მხარის ტერიტორიაზე. გადაყვანა მოხდება ოფიციალური სავალუტო კურსის მიხედვით ჩვეულებრივი ვადების ფარგლებში.

Artikel 12

(1) Die Besatzungsmitglieder der deutschen und georgischen Schiffe benötigen zum Grenzübertritt ein Reisedokument und eine Aufenthaltsgenehmigung in der Form des Sichtvermerks (Visum).

(2) Auf Personen- und Güterschiffen können zusammen mit den Besatzungsmitgliedern auch deren Ehegatten und deren unverheiratete minderjährige Kinder ein- und ausreisen, wenn sie im Besitz eines der in Absatz 1 genannten Dokumente und eines Sichtvermerks sind. Kinder unter 16 Jahren können im Reisedokument eines ihrer Elternteile eingetragen werden.

(3) Auf der Donau benötigen die Besatzungsmitglieder der deutschen und georgischen Schiffe für den Grenzübertritt und den Aufenthalt an Bord sowie im Hafengelände der an der Donau gelegenen Häfen keinen Sichtvermerk, wenn sie Inhaber eines Donauschifferausweises oder Seemannspasses und in der Besatzungsliste eingetragen sind. Das gleiche gilt für die in den Donauschifferausweisen oder den Seemannspässen eingetragenen Familienangehörigen der Besatzungsmitglieder.

(4) Sämtliche in den Absätzen 1 bis 3 aufgeführte Personen an Bord müssen in eine Besatzungsliste eingetragen sein.

(5) Beide Vertragsparteien tauschen Muster der in den Absätzen 1 und 3 bezeichneten Dokumente aus.

(6) Günstigere Rechtsvorschriften über Einreise und Aufenthalt von Ausländern bleiben unberührt.

მუხლი 12

1. გერმანიისა და საქართველოს ხომალდების ეკიპაჟის წევრებს, საზღვარზე გადასასვლელად ესაჭიროებათ ქვეყანაში ყოფნის ნებართვა (ვიზის სახით).

2. სამგზავრო და სატვირთო ხომალდებზე, ეკიპაჟის წევრებთან ერთად მგზავრობა შეუძლიათ აგრეთვე მათ მეუღლეებსა და დაუქორწინებელ მცირეწლოვან შვილებს, თუ ისინი 1-ლ პუნქტში აღნიშნულ დოკუმენტში იქნებიან გაფორმებულნი. ბავშვები 16 წლამდე შეიძლება იყვნენ დასახელებულნი ერთ-ერთი მეუღლის პასპორტში.

3. გერმანიისა და საქართველოს ხომალდების ეკიპაჟის წევრებს დუნაიზე საზღვრის გადაკვეთისას ან ხომალდის გემბანზე, აგრეთვე დუნაის სანაპიროზე განლაგებული ნავსადგურების ტერიტორიაზე ყოფნისას არ ესაჭიროებათ ვიზა, თუ მათ აქვთ დუნაიზე ნაოსნობის მოწმობა ან მეზღვაურის პასპორტი და თუ ისინი შეყვანილნი არიან ეკიპაჟის სიაში. იგივე ეხება ეკიპაჟის წევრების ოჯახის წევრებს, რომლებიც შეყვანილნი არიან დუნაიზე ნაოსნობის მოწმობაში ან მეზღვაურის პასპორტში.

4. ყველა ის პირები, რომელნიც მოხსენებულნი არიან 1 და 2 პუნქტებში და იმყოფებიან გემბანზე, აუცილებლად უნდა აღირიცხებოდნენ ეკიპაჟის სიაში.

5. ორივე მონაწილე მხარე ერთმანეთში ცვლის 1 და 2 პუნქტებში აღნიშნული დოკუმენტების ნიმუშებს.

6. სამართლებრივი წესდება, ქვეყანაში შემოსვლისა და იქ ყოფნის შესახებ უცხოელთა მიმართ უცვლელია.

Artikel 13

(1) Deutsche und georgische Schiffe dürfen an folgenden Stellen bei Tag und Nacht stilliegen:

a) im Lade- und Löschhafen;

b) in Häfen an der Fahrtstrecke;

c) an den durch die Verkehrsordnung zugelassenen Stellen auf der Fahrtstrecke.

(2) Im Falle einer Havarie, eines Unfalls, einer schweren Krankheit einer Person an Bord oder aus anderen Gründen, die die Weiterfahrt unmöglich machen, können die Schiffe an jeder geeigneten Stelle stilliegen. In solchen Fällen hat der Schiffsführer oder eine von ihm bevollmächtigte Person umgehend die nächste Grenz-, Zoll- oder andere zuständige Behörde zu unterrichten.

(3) Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien gewähren bei Havarien oder Unfällen der Schiffe oder der Besatzungsmitglieder der Schiffe der jeweils anderen Seite die erforderliche Hilfe. Bei schweren Havarien oder Unfällen setzt die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich der Vorfall ereignet hat, die andere Vertragspartei unverzüglich in Kenntnis und, falls eine Aufklärung der Umstände des Vorfalls erfolgt, unterrichtet sie diese über die Ergebnisse der Aufklärung.

მუხლი 13

1. გერმანიისა და საქართველოს ხომალდებს შეუძლიათ დღე-ღამის განმავლობაში გაჩერდნენ შემდეგ ადგილებში:

ა) დატვირთვა-განტვირთვის ნავსადგურებში;

ბ) სამგზავრო ტრასის ნავსადგურებში;

ც) სამგზავრო მონაკვეთზე ნებადართულ ადგილებში.;

2. ავარიის, უბედურების, გემბანზე მყოფი რომელიმე წევრის მძიმე ავადმყოფობის ან სხვა მიზეზით გამოწვეული შემთხვევების დროს, როდესაც შეუძლებელი ხდება მგზავრობის გაგრძელება, ხომალდებს შეუძლიათ გაჩერდნენ შესაფერის ადგილებში, ასეთ შემთხვევებში გემის კაპიტანმა, ან ერთ-ერთმა ნდობით აღჭურვილმა პირმა, ამის შესახებ აუცილებლად, სასწრაფოდ უნდა შეატყობინოს ახლო მდებარე სასაზღვრო, საბაჟო ან სხვა კომპეტენტურ ორგანოს.

3. ორივე მონაწილე მხარის კომპეტენტური ორგანოები მეორე მხარის ხომალდების ავარიის ან უბედურების შემთხვევაში, აგრეთვე ეკიპაჟის წევრების უბედურების შემთხვევაში, აღმოუჩენენ სასწრაფო დახმარებას შესაბამის მხარეს. მძიმე ავარიების ან უბედური შემთხვევების დროს, ის მონაწილე მხარე, რომლის ტერიტორიაზედაც მოხდა შემთხვევა, სასწრაფოდ აცნობებს დაზარალებულ მხარეს ამის შესახებ. ხოლო თუ დაიწყება მომხდარი შემთხვევის გარემოებების შემსწავლელი გამოძიება, აცნობებს დაშავებულ მხარეს ამ გამოძიების შედეგებს.

Artikel 14

(1) Für die Erfüllung und die Überwachung der Anwendung dieses Abkommens wird ein Gemischter Ausschuß gebildet. Dem Gemischten Ausschuß gehören je drei bevollmächtigte Vertreter jeder Vertragspartei an, die vom Bundesministerium für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise vom Ministerium für Verkehr der Republik Georgien bestimmt werden.

(2) Von seiten der Bundesrepublik Deutschland werden dem Gemischten Ausschuß ein Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr als Delegationsleiter sowie je ein vom Bundesministerium für Verkehr benannter Vertreter der Schiffahrtsunternehmen und der verladenden Wirtschaft angehören.

(3) Von seiten der Republik Georgien werden dem Gemischten Ausschuß ein Vertreter des Ministeriums für Verkehr als Delega-

მუხლი 14

1. ამ შეთანხმების შესრულებისა და გამოყენებაზე ზედამხედველობის მიზნით შეიქმნება შერეული კომისია. მასში თითოეულ მონაწილე მხრიდან, შევა სამ-სამი ნდობით აღჭურვილი პირი, რომლებიც შესაბამისად დაინიშნებიან გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის ტრანსპორტის ფედერალური სამინისტროსა და საქართველოს რესპუბლიკის ტრანსპორტის სამინისტროს მიერ.

2. გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის მხრიდან შერეულ კომისიაში შევა ტრანსპორტის ფედერალური სამინისტროს ერთი წარმომადგენელი, როგორც დელეგაციის მეთაური და თითო-თითო წარმომადგენელი სანაოსნო საწარმოებისა და ტვირთმფლობელებისაგან.

3. საქართველოს რესპუბლიკის მხრიდან შერეულ კომისიაში შევა ტრანსპორტის სამინისტროს ერთი წარმომადგენელი, როგორც

tionsleiter sowie je ein vom Ministerium für Verkehr benannter Vertreter der Schiffahrtsunternehmen und der verladenden Wirtschaft angehören.

(4) Zur Prüfung einzelner Fragen kann jede Seite Sachverständige hinzuziehen.

(5) Der Gemischte Ausschuß erarbeitet und bestätigt auf seiner ersten Sitzung eine Geschäftsordnung für seine Tätigkeit.

(6) Der Gemischte Ausschuß hat insbesondere die Aufgabe:

a) den zuständigen Behörden Vorschläge zu machen für die

- Festlegung der Binnenhäfen gemäß Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c;
- Festsetzung von Mindest-/Höchstfrachtraten und der mit ihnen zusammenhängenden Nebenbedingungen gemäß Artikel 3 Absatz 4;
- Festlegung der Transitwasserstraßen gemäß Artikel 4 Absatz 1;
- Zulassung von Schiffen aus Drittstaaten zum Wechselverkehr gemäß Artikel 3 Absatz 6;
- Anpassung dieses Abkommens an den Entwicklungsstand der Binnenschiffahrt;

b) die Güter auf die deutschen und georgischen Schiffahrtsunternehmen gemäß Artikel 3 Absatz 3 erforderlichenfalls aufzuteilen und die Ladungsaufteilung zu überwachen;

c) Beratungen durchzuführen über Möglichkeiten der Festsetzung von Höchstzahlen im Wechselverkehr gemäß Artikel 3 Absatz 5 und im Transitverkehr gemäß Artikel 4 Absatz 2;

d) die Transporte der deutschen und georgischen Schiffe statistisch zu erfassen.

(7) Die auf der Grundlage der Vorschläge nach Absatz 6 Buchstabe a zu treffenden Vereinbarungen kommen durch übereinstimmende Erklärungen der Delegationsleiter im Gemischten Ausschuß zustande. Die Erklärungen der Delegationsleiter erfolgen im Namen der zuständigen Behörden. Die Erklärungen sollen möglichst innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Unterbreitung des Vorschlags des Gemischten Ausschusses abgegeben werden.

(8) Mindest-/Höchstfrachtraten einschließlich der Nebenbedingungen, auf die der Gemischte Auschuß sich geeinigt hat, sind erforderlichenfalls den zuständigen Behörden zur Genehmigung vorzulegen; das Inkrafttreten wird zwischen den beiden Vertragsparteien vereinbart. Das Inkraftsetzen gemäß innerstaatlichem Recht ist der anderen Vertragspartei unverzüglich mitzuteilen.

(9) Kann eine Einigung im Gemischten Ausschuß nicht erzielt werden, treten auf Antrag einer Vertragspartei die Vertreter der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien innerhalb von vier Wochen zu Konsultationen zusammen.

(10) Die zuständigen Behörden werden dem Gemischten Ausschuß auf Ersuchen diejenigen Unterlagen übermitteln, deren er zur Erfüllung seiner Aufgaben bedarf.

Artikel 15

Deutsche und georgische Sportfahrzeuge können die Binnenwasserstraßen beider Vertragsparteien unter Beachtung des jeweiligen dort geltenden Rechts benutzen.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

დელეგაციის მეთაური და თითო-თითო წარმომადგენელი სანაოსნო საწარმოებისა და ტვირთმფლობელებისაგან.

4. ცალკეული საკითხების დასაზუსტებლად, თითოეულ მხარეს შეუძლია მოიშველიოს ექსპერტები.

5. შერეული კომისია თავის პირველ სხდომაზე, შეიმუშავებს და დაადგენს თავისი საქმიანობის განაწესს.

6. შერეულ კომისიას განსაკუთრებით ევალება:

ა) მისცეს წინადადებები კომპეტენტურ ორგანოებს შემდეგი საკითხების მოსაგვარებლად:

- სამდინარო პორტების დანიშვნის შესახებ მე-3 მუხლის მე-2 პუნქტის ა) ქვეპუნქტის შესაბამისად,
- მინიმალური და მაქსიმალური სატარიფო გადასახადების დანიშვნისა და მასთან დაკავშირებულ დამატებით საკითხებზე, მე-3 მუხლის 4 პუნქტის შესაბამისად,
- წინამდებარე შეთანხმების მე-4 მუხლის 1-ლი პუნქტის მიხედვით სატრანზიტო გზის დადგენა,
- ხომალდებისათვის მესამე ქვეყნიდან, ორმხრივ მიმოსვლაზე ნების დართვის შესახებ,
- წინამდებარე შეთანხმების შესათავსებლად შინა ნაოსნობის მგზავრობის განვითარებასთან;

ბ) გრმანიისა და საქართველოს სანაოსნო საწარმოების ტვირთი, საჭიროების შემთხვევაში, გაგებულ უნდა იქნეს მე-3 მუხლის მე-3 პუნქტის მიხედვით და საჭიროებს მეთვალყურეობას;

ც) კონსულტაციის ჩატარება – მგზავრობათა მაქსიმალურ რაოდენობათა შესახებ, ორმხრივ მიმოსვლაში მე-3 მუხლის 5 პუნქტის და ტრანზიტულ მიმოსვლაში მე-4 მუხლის მე-2 პუნქტის შესაბამისად;

დ) გერმანიისა და საქართველოს ხომალდების ტრანსპორტირება, სტატისტიკურად აღირიცხოს.

7. მე-5 პუნქტის წინადადების საფუძველზე, გადაწყვეტილებები მიიღება დელეგაციის მეთაურის მიერ შერეულ კომისიაში განაცხადის თანახმად. დელეგაციის მეთაურის განცხადება ფორმდება მონაწილე მხარეების კომპეტენტური ორგანოების სახელით. განცხადებები უნდა გაფორმდეს შესაძლებლობის მიხედვით – ორი კვირის განმავლობაში – შერეული კომისიის წინადადების წარმოდგენის შემდეგ.

8. მინიმალური და მაქსიმალური სატარიფო გადასახადები და მათთან დაკავშირებული დამატებითი საკითხები თანხმდება შერეულ კომისიასთან, საჭიროების შემთხვევაში, ეს შეთანხმება წარედგინება კომპეტენტურ ორგანოებს, მისი ძალაში შესვლის შესახებ მორიგდება ორივე მხარე. ძალაში შესვლა ქვეყნის საკუთარი სამართლის შესაბამისად, დაუყოვნებლივ ეცნობება რომელიმე შემთანხმებელ მხარეს.

9. თუ შეთანხმება შერეულ კომისიაში არ იქნა მიღწეული, ერთ-ერთი მონაწილე მხარის მოთხოვნით, ორივე მხარის კომპეტენტურ ორგანოთა წარმომადგენლები, ოთხი კვირის განმავლობაში იკრიბებიან სა კონსულტაციოდ.

10. კომპეტენტური ორგანოები, მოთხოვნის საფუძველზე შერეულ კომისიას გადასცემენ იმ დოკუმენტაციას, რომელიც მას თავისი დავალებების შესასრულებლად სჭირდება.

მუხლი 15

გერმანიისა და საქართველოს სპორტულ გემებს შეუძლიათ, ამ ქვეყნების შიდა სანაოსნო გზები გამოიყენონ შესაბამის მხარეში მოქმედი კანონების შესაბამისად.

მუხლი 16

1. წინამდებარე შეთანხმების მოქმედების ვადა განუსაზღვრელია.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(3) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs durch Notifikation gekündigt werden. In diesem Fall tritt das Abkommen mit Ablauf dieses Kalenderjahrs außer Kraft.

2. ეს შეთანხმება ძალაში შედის იმ დღიდან, იმ დღის სამი თვის გასვლის შემდეგ, როდესაც მონაწილე მხარეები ერთმანეთს შეატყობინებენ, რომ შესრულებულია შინასახელმწიფოებრივი ფორმალობები წინამდებარე შეთანხმების ძალაში შესასვლელად.

3. თითოეულ მონაწილე მხარეს შეუძლია ეს შეთანხმება ექვსი თვის განმავლობაში, კალენდარული წლის ბოლომდე ოფიციალურად, წერილობითი ფორმით, გააუქმოს. ამ შემთხვევაში იგი ამ წლის გასვლასთან ერთად ძალადაკარგულად ითვლება.

Geschehen zu Bonn am 25. Juni 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und georgischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

შესრულებულია ქ. ბონში 1993 წლის 25 ივნისს გერმანულ და ქართულ ენებზე, ამასთან ორივე ტექსტს თანაბარი ძალა გააჩნია.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის მთავრობის სახელით
Kinkel
M. Carstens

Für die Regierung der Republik Georgien
საქართველოს რესპუბლიკის მთავრობის სახელით
Tschikwaidse

Protokoll

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Georgien haben anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens über die Binnenschiffahrt, das zum Ziel hat, die beiderseitigen Binnenschiffahrtsbeziehungen weiterzuentwickeln und zu verbessern, folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Abkommens gelten:

1. Verkehrsrechte

   Um eine einheitliche Anwendung des Abkommens zu gewährleisten, haben sich die Vertragsparteien geeinigt, von folgendem inhaltlichen Verständnis der Verkehrsrechte auszugehen:

   (1) Wechselverkehr:

   Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem deutschen und georgischen Schiff von dem Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nach oder von einem Binnenhafen, der im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien liegt.

   (2) Transitverkehr:

   Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite auf Binnenwasserstraßen durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, ohne daß dabei auf der Durchfahrt Personen zu- oder aussteigen, beziehungsweise ohne dabei Güter zu laden oder zu löschen.

   (3) Drittlandverkehr:

   Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite von einem dritten Land in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei oder umgekehrt.

   (4) Kabotage:

   Beförderung von Personen und/oder Gütern mit einem Schiff der einen Seite zwischen Lade- und Löschplätzen an Binnenwasserstraßen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei.

   Für die Beurteilung, welches Verkehrsrecht in Anspruch genommen wird, ist die Beförderungsleistung des jeweiligen Schiffes maßgebendes Kriterium und nicht die Herkunft und der Zielort des Beförderungsguts.

2. Für solche Transitverkehre, die auf den Hoheitsgebieten beider Vertragsparteien weder beginnen noch enden, wird auf Ersuchen einer Vertragspartei und auf der Grundlage eines Vorschlags des Gemischten Ausschusses eine quotenmäßige Beteiligung der deutschen und georgischen Schiffahrtsunternehmen vereinbart.

3. Rechte und Pflichten aus früher geschlossenen multilateralen völkerrechtlichen Übereinkünften, denen beide Vertragsparteien oder eine der Vertragsparteien angehören, werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Geschehen zu Bonn am 25. Juni 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und georgischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

ოქმი

გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის მთავრობამ და საქართველოს რესპუბლიკის მთავრობამ ხელი მოაწერეს შეთანხმებას შიდა სანაოსნო გზებზე მიმოსვლის შესახებ,რომლის მიზანია მეტად განავითაროს და გააუმჯობესოს ეს მიმოსვლა. შეთანხმდნენ შემდეგ საკითხებზე, რომლებიც ამ შეთანხმების შემადგენელ ნაწილს წარმოადგენს:

1. სატრანსპორტო სამართალი:

   შეთანხმების ერთობლივად გამოყენებისათვის, მონაწილე მხარეები შეთანხმდნენ ამოსულიყვნენ სამგზავრო კანონების შემდეგი შინაარსობრივი გაგებიდან:

   (1) ორმხრივი მიმოსვლა:

   მგზავრთა და/ან ტვირთის გადაადგილება გერმანიისა და საქართველოს ხომალდით, რომელიმე მონაწილე მხარის სახელმწიფო ტერიტორიიდან მეორე მონაწილე მხარის სახელმწიფო ტერიტორიაზე, ერთ-ერთი მონაწლე მხარის სახელმწიფო ტერიტორიაზე სამდინარო ნავსადგურიდან ნავსადგურში.

   (2) ტრანზიტული მიმოსვლა:

   მგზავრთა და/ან ტვირთების გადაადგილება ერთ-ერთი მონაწილე მხარის ხომალდით მეორე მონაწილე მხარის სახელმწიფო ტერიტორიის გავლით, მგზავრობისას მგზავრთა აყვანა-ჩამოყვანის გარეშე და შესაბამისად, ტვირთის აზიდვა-ჩამოზიდვის გარეშე.

   (3) მიმოსვლა 3 ქვეყანას შორის:

   მგზავრთა და/ან ტვირთის გადაადვილება ერთ-ერთი მონაწილე მხარის ხომალდით მე-3 ქვეყნიდან მე-2 ქვეყნის სახელმწიფო ტერიტორიაზე.

   (4) კაბოტაჟი:

   მგზავრთა და/ან ტვირთის გადაადგილება ერთ-ერთი მონაწილე მხარის გემით, დატვირთვისა და განტვირთვის პუნქტებს შორის, შინა სანაოსნო გზებით, მეორე მონაწილე მხარის სახელმწიფო ტერიტორიაზე.

   იმის შესაფასებლად, თუ რომელი სატრანსპორტო კანონი აირჩევა მოცემული ხომალდისათვის, სახელმძღვანელო კრიტერიუმია გადაზიდვის შესაძლებლობა და არა ტვირთის სადაურობა და დანიშნულების ადგილი.

2. ისეთი ტრანზიტული მიმოსვლისათვის, რომლებიც არც იწყება და არც მთავრდება მონაწილე მხარეების სახელმწიფო ტერიტორიებზე, ერთ-ერთი მონაწილე მხარის თხოვნით, შერეული კომისიის წინადადების საფუძველზე, შეთანხმება მოხდება გერმანიისა და საქართველოს სანაოსნო საწარმოთა წილობრივი მონაწილეობით.

3. კანონები და ვალდებულებები, რომელნიც ადრე მრავალმხრივ საერთაშორისო — კანონიერ ხელშეკრულებებისაგან გამომდინარეობენ და რომლის მონაწილენიც არიან მონაწილე მხარეები, ან ერთ-ერთი მათგანი, ამ შეთანხმებით ხელშეუხებელნი იქნებიან.

შესრულებულია ქ. ბონში 1993 წლის 25 ივნისს გერმანულ და ქართულ ენებზე, ამასთან ორივე ტექსტს თანაბარი ძალა გააჩნია.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
გერმანიის ფედერაციული რესპუბლიკის მთავრობის სახელით
Kinkel
M. Carstens

Für die Regierung der Republik Georgien
საქართველოს რესპუბლიკის მთავრობის სახელით
Tschikwaidse

Denkschrift zum Abkommen

A. Allgemeines

Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Georgien über die Binnenschiffahrt ist am 25. Juni 1993 in Bonn unterzeichnet worden. Nach Maßgabe der gegenseitig eingeräumten Verkehrsrechte gewähren beide Vertragspartner den Schiffen der jeweils anderen Seite das Befahren und Befördern auf ihren Binnenwasserstraßen.

Mit diesem Abkommen wird dem Beschluß des Bundeskabinetts vom 2. Februar 1983 entsprochen, wonach der Binnenschiffsverkehr mit den interessierten Staaten, die den Main-Donau-Kanal benutzen wollen, vertraglich zu regeln ist. Die Donau- und Rheinschiffahrtsunternehmen werden auf Märkten mit unterschiedlichen Strukturen und Ordnungssystemen tätig. Ihr Marktverhalten als Anbieter ist teils nach anderen Kriterien ausgerichtet. Es waren daher in dem Abkommen für den Transport von Gütern zwischen den beiden Staaten Regelungen über eine Ladungsaufteilung und über eine Frachtenfestsetzung zu treffen.

Mit der Fertigstellung des Main-Donau-Kanals am 25. September 1992 ist es zu einem verstärkten Güteraustausch auf dem Wasserwege gekommen. Durch die in dem Abkommen festgelegten Regelungen wird sichergestellt, daß die Ordnung des innerstaatlichen Schiffahrts- und Verkehrsmarktes nicht beeinträchtigt wird. Im übrigen ist durch das Zusatzprotokoll Nr. 2 zur Revidierten Rheinschiffahrtsakte (BGBl. 1980 II S. 870) ein Schutz des Rheinschiffahrtsmarktes insoweit vorgenommen worden, als nur die zur Rheinschiffahrt gehörigen Schiffe hieran teilnehmen dürfen (Vorbehalt der Kleinen und Großen Kabotage zugunsten der zur Rheinschiffahrt gehörenden Schiffe).

B. Zu den Einzelbestimmungen

Zu Artikel 1

Dieser Artikel enthält die für die Anwendung des Abkommens erforderlichen Begriffsbestimmungen.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel bestimmt den Rahmen der eingeräumten Verkehrsrechte, und zwar des Transit-, Wechsel-, Drittland- und Kabotageverkehrs. Um beim Vollzug jegliche Unklarheit auszuschließen, haben die beiden Delegationen unter Nummer 1 des Protokolls diese Verkehrsrechte in einer völkerrechtlich verbindlichen Form klar voneinander abgegrenzt und definiert.

Zu Artikel 3

In Absatz 1 wird geregelt, auf welchen Wasserstraßen der Vertragsparteien ein Wechselverkehr stattfinden darf.

Mit der Regelung in den Absätzen 2 und 5 werden die Einschränkungsmöglichkeiten im Wechselverkehr umschrieben.

In Absatz 3 ist die Ladungsaufteilung geregelt, die wegen der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme, vor allem wegen unterschiedlicher Akquisitionsmöglichkeiten, erforderlich war. Grundsätzlich hat eine hälftige Ladungsaufteilung zu erfolgen.

Wegen der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme in den beiden Vertragsstaaten sind nach Absatz 4 wirtschaftlich auskömmliche Frachten sowie die Nebenbedingungen verbindlich festzusetzen. Nach Artikel 4 des Vertragsgesetzes zu diesem Abkommen kann ein Verstoß gegen die festgesetzten Frachtentgelte als Ordnungswidrigkeit geahndet werden.

Um die Wirtschaftlichkeit und Flexibilität des Wechselverkehrs sicherzustellen, können auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses Schiffe aus Drittstaaten eingesetzt werden.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel regelt den Transitverkehr über die Binnenwasserstraßen beider Seiten. Auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses werden die zuständigen Behörden eine Vereinbarung treffen, in der die Wasserstraßen festgelegt sind, auf denen der Transitverkehr erfolgen darf.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel bestimmt, daß Drittlandverkehr nur auf Grund einer besonderen Erlaubnis der zuständigen Behörde zulässig ist.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel stellt sicher, daß die Beförderung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland – sog. Kabotage – grundsätzlich der deutschen Schiffahrt vorbehalten bleibt. Ausnahmen sind nur mit einer besonderen Erlaubnis der zuständigen Behörde gestattet.

Zu Artikel 7

Für die Schiffahrt auf den Binnenwasserstraßen werden nach Absatz 2 nach Vorlage der in dem anderen Vertragsstaat ausgestellten Urkunden und Bescheinigungen, die sich auf das Schiff, seine Besatzung und die Ladung beziehen, die bei uns allgemein erforderlichen Urkunden und Bescheinigungen ausgestellt, sofern die von der anderen Seite ausgestellten Urkunden und Bescheinigungen unter Bedingungen erteilt worden sind, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften genügen. Für die Fahrt auf dem Rhein, der Mosel und auf den Seeschiffahrtsstraßen sind besondere Urkunden und Bescheinigungen erforderlich.

Absatz 3 enthält besondere Vorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter.

Zu den Artikeln 8 und 9

Diese Artikel beinhalten Gleichbehandlungsklauseln.

Zu Artikel 10

Absatz 1 regelt auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit das Recht, Agenturen zu errichten, deren Tätigkeit sich auf die

Betreuung von Schiffen und Besatzungen zu beschränken hat.

Mit Absatz 2 wird eine kommerzielle Zusammenarbeit der Schiffahrtsunternehmen beider Vertragsstaaten ermöglicht.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel sichert den Schiffahrtsunternehmen den freien Transfer von Einnahmen in das Gebiet ihrer Seite.

Zu Artikel 12

In den Absätzen 1 bis 5 werden Regelungen über die erforderlichen Reisedokumente getroffen.

In Absatz 6 wird sichergestellt, daß eine Regelung über Einreise und Aufenthalt von Ausländern, die günstiger ist als die in dem Abkommen getroffene Regelung, vorgehen soll.

Zu Artikel 13

Absatz 1 regelt die Liegerechte der Schiffe.

In den Absätzen 2 und 3 werden die gegenseitigen Rechte und Pflichten bei Havarien, Unfällen und schwerer Krankheit von an Bord befindlichen Personen festgelegt.

Zu Artikel 14

In Absatz 1 ist die Einsetzung eines Gemischten Ausschusses geregelt, der die Einzelmaßnahmen bei der Abkommensausführung vorschlagen und diese überwachen soll. Die Zusammensetzung des Gemischten Ausschusses ist in den Absätzen 2 bis 4 festgelegt.

Die detaillierte und vielfältige Aufgabenzuteilung an den Gemischten Ausschuß in Absatz 6 zeigt, daß dem Gemischten Ausschuß beim Vollzug des Abkommens eine zentrale Bedeutung zukommt. Er ist das Forum für die Behandlung aller mit der Durchführung des Verkehrs anfallenden Fragen sowohl technischer als auch wirtschaftlicher Art.

Die Absätze 7 bis 10 gewährleisten eine wirksame Aufgabenerfüllung des Gemischten Ausschusses.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel enthält eine Sonderregelung für Sportfahrzeuge. Sie dürfen die Binnenwasserstraßen befahren und unterliegen dabei den jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften.

Zu Artikel 16

Die Absätze 1 und 2 regeln, daß das Abkommen am ersten Tag des Dritten Monats nach dem Tag in Kraft tritt, an dem beide Seiten einander mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Danach soll das Abkommen auf unbestimmte Zeit in Kraft bleiben. Nach Absatz 3 kann das Abkommen mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 527387 10. 95
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333